

## **Antrag**

**der Abgeordneten Enrico Komning, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Bernd Schattner, Kay-Uwe Ziegler, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Karsten Hilse, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Barbara Lenk und der Fraktion der AfD**

### **Der Mittelstand ist systemrelevant – Regierungspolitik angesichts aktueller Krisen pragmatisch gestalten und die wirklichen Probleme angehen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Es kann nicht oft genug betont werden, dass der Mittelstand systemrelevant ist. Auf das einzelne kleine oder mittlere Unternehmen trifft das natürlich zumeist nicht zu. Dementsprechend richtet sich die Rettungspolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union (EU) regelmäßig an Großbanken und Großunternehmen und ignoriert die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Der Mittelstand als Ganzes ist jedoch sehr wohl systemrelevant. Er ist eine unentbehrliche Stütze der deutschen Wirtschaft und des sozialen Lebens in Deutschland. Über 99 Prozent aller Unternehmen in Deutschland gehören dem Mittelstand an. Sie tragen 61 Prozent zur gesamten Nettowertschöpfung bei, stellen 55 Prozent der Arbeitsplätze und beschäftigen 80 Prozent der Auszubildenden.<sup>1</sup> Deutschland wäre nicht mehr lebenswert, es wäre nicht mehr Deutschland, wenn es den Mittelstand nicht gäbe. Die Bewahrung des Mittelstands und die Herstellung eines funktionierenden und gerechten Ordnungsrahmens für KMU sind daher langfristig wichtiger als die gezielte, aber willkürliche und teure Rettung einzelner Großunternehmen.

Der deutsche Mittelstand ist leistungsfähig, innovativ und international konkurrenzfähig. Er hat es nicht nötig, durch einen Wust von staatlichen Hilfs- und Förderprogrammen aufgepäppelt zu werden. Es würde genügen, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass er seine Fähigkeiten und Kräfte endlich frei entfalten kann.

Der Mittelstand hat jedoch ganz besonders unter den zahlreichen ideologischen Projekten der gegenwärtigen Bundesregierung und ihrer CDU/CSU-geführten Vorgängerinnen zu leiden.

Derzeit wird der Mittelstand von der aktiv herbeigeführten Energiekrise massiv geschädigt. Einerseits hat sich Deutschland durch eine völlig planlose und naive Energiewende in die direkte Abhängigkeit von Gas aus Russland begeben. Andererseits beteiligt sich Deutschland im Rahmen des Ukraine-Konflikts an den Sanktionen gegenüber Russland und führt damit die Verknappung und Verteuerung der Energie für

---

<sup>1</sup> <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/politik-fuer-den-mittelstand.html>

Haushalte und Unternehmen und die damit verbundene Verarmung und Pleitewelle sehenden Auges herbei. Es ist dabei hervorzuheben, dass der deutsche Mittelstand von dieser Entwicklung ganz besonders betroffen ist. Die erhöhten Energiekosten machen sich vor allem da geltend, wo der Energiebedarf besonders hoch ist, nämlich im produzierenden Gewerbe und der Industrie. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) weist nun aber darauf hin, dass Industrie in Deutschland „meist gleichbedeutend mit Mittelstand“ ist.<sup>2</sup> Die Politik der Bundesregierung bewirkt also gleichzeitig eine Deindustrialisierung Deutschlands und eine massive Schädigung des Mittelstands. Zu allem Überflus ist das Energiekostendämpfungsprogramm der Bundesregierung derzeit so ausgestaltet, dass es KMU kaum entlastet.<sup>3</sup>

Ein ebenso aktuelles Problem für den Mittelstand ist die Corona-Politik, an der die Bundesregierung weiter festhalten möchte, obwohl auch nach zwei Jahren kein gesundheitspolitischer Nutzen erkennbar ist und sich zudem immer mehr der Verdacht erhärtet, dass der gesundheitspolitische Schaden der Corona-Maßnahmen den von der Exekutive behaupteten Nutzen überwiegt. Ausgangssperren und erzwungene Geschäftsschließungen treffen gerade auch die KMU vor Ort besonders, die schon aufgrund ihrer Geschäftsmodelle (z. B. Gastronomie) oft kaum Möglichkeiten haben, auf das Online-Geschäft auszuweichen. Auch hier führt die Bundesregierung Geschäftsaufgaben und Pleiten aktiv herbei und konnte sie bisher nur mühsam durch teure und langfristig kontraproduktive Hilfsaktionen aufschieben.

Seit längerem schon leidet die deutsche Wirtschaft unter der Euro-Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) und der EU, ohne dass die Bundesregierung ausreichend gegensteuert. Über viele Jahre hat die EZB die Zinsen viel zu niedrig gehalten, um damit schwächelnde Länder wie Griechenland oder Italien sowie deren Gläubiger indirekt zu stützen. Andererseits wird die Bewegungsfreiheit der traditionellen Geldgeber des Mittelstands – der Sparkassen und Genossenschaftsbanken – durch Vorgaben der EU immer weiter eingeschränkt, und zwar mit der paradoxen Begründung, damit eine weitere Finanzkrise verhindern zu wollen. Weder der Mittelstand noch die Sparkassen und Genossenschaftsbanken waren jedoch schuld an der Finanzkrise und sie mussten auch nicht gerettet werden. Billiges Geld und das mehr oder weniger ausdrückliche Versprechen, scheiternde Großbanken und Staaten zu retten, haben ein Klima herbeigeführt, in dem die Spekulation blüht und ein verantwortungsloser Finanzsektor sich auf Kosten der Realwirtschaft immer weiter ausdehnen konnte. Dem Mittelstand wird es dagegen immer schwerer gemacht, sich überhaupt zu finanzieren, zumal eine solide, an der industriellen Produktion orientierte Geschäftspolitik in einem Niedrigzinsumfeld weniger attraktiv für viele Banken und Investoren ist als Finanzspekulationen, die kurzfristige Gewinne versprechen.

Die Folge dieser künstlich herbeigeführten Situation ist es, dass deutsche Mittelständler in ihrer Flexibilität stark eingeschränkt sind und damit ein leichtes Ziel für internationale Investoren darstellen, die ihrerseits auf billige Kredite zurückgreifen können.<sup>4</sup>

Die mittelstandsfeindliche Wirkung der bisher beschriebenen Politik wird noch dadurch verschlimmert, dass die Bundesregierung die Steuern und Abgaben durch ihre ideologisch motivierten Projekte immer weiter in die Höhe treibt. Im Rahmen der eben genannten Euro-Rettungspolitik ist die Summe der Target-Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber den anderen europäischen Notenbanken mittlerweile auf 1,25 Billionen Euro (Stand 31. August 2022) gestiegen.<sup>5</sup> Wenn die Bundesregierung nicht

<sup>2</sup> <https://bdi.eu/artikel/news/industrie-ist-meist-gleichbedeutend-mit-mittelstand/>

<sup>3</sup> <https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/energiekrise-mehr-als-3200-antraege-zum-energiekostendaempfungsprogramm-fuer-zuschuesse-zu-energiekosten-a-57b6565a-9ece-495e-94d2-33377e293c45>

<sup>4</sup> Otte, M.: Negativzinsen: Der Marsch in den Kontrollstaat. *ifo Schnelldienst* 2/2015, S. 8-10

<sup>5</sup> <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/unbarer-zahlungsverkehr/target2/target2-saldo/target2-saldo-603478>

endlich deutsche Interessen durchsetzt, ist es sehr wahrscheinlich, dass diese Forderungen nicht beglichen werden und der deutsche Steuerzahler einspringen muss. Die Kosten der Corona-Politik beliefen sich bereits im Februar 2022 auf bis dahin 300 Milliarden Euro<sup>6</sup> und die Energiewende wird nach Schätzungen des ifo Instituts bis ins Jahr 2050 zwischen 500 und 3000 Milliarden kosten.<sup>7</sup> Auch die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung erweist sich nicht nur als eine unerträgliche Gefährdung der Sicherheit und Freiheit unserer Gesellschaft, sondern auch als eine immense Belastung der Sozialsysteme. Seriöse Schätzungen kommen auf eine Gesamtbelastung von 200 bis 300 Milliarden, die auf die deutschen Steuerzahler zurollt.<sup>8</sup>

Was Steuern und Abgaben betrifft, ist Deutschland im Ländervergleich dementsprechend trauriger Vizeweltmeister.<sup>9</sup> Die hohen Lasten sind seit Jahrzehnten ein schwerwiegendes Problem für die Wirtschaft und besonders den Mittelstand. Denn die Unternehmenssteuern sind in Deutschland nicht nur an sich schon sehr hoch im Ländervergleich, sondern sie sind außerdem darauf ausgelegt, große und international tätige Unternehmen zu schonen. Gerade bei den grenzübergreifenden Steuerregelungen zeigt sich Deutschland nämlich bezeichnenderweise sehr milde und liberal.<sup>10</sup> Wer seinen Sitz oder seine Produktion ins Ausland verlagert, dem kommt das Steuersystem entgegen. Wer jedoch als Kleinunternehmer und Dienstleister vor Ort in Deutschland bleiben muss und dort produziert, wird ordentlich zur Kasse gebeten. Mit einem solchen Steuersystem wird Deutschland langfristig deindustrialisiert und der Mittelstand ausgeblutet.

Es ist des Weiteren seit langem bekannt, dass kleine und mittlere Unternehmen unverhältnismäßig stark durch staatliche und nur allzu oft ideologiegetriebene Bürokratie belastet werden. Laut der derzeit aktuellsten Studie im Auftrag des damaligen Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sind (Stand 2014) mittlere Unternehmen viermal mehr durch Bürokratie belastet als große Unternehmen, Kleinstunternehmen sogar zwölfmal mehr. In einzelnen Branchen ist die unverhältnismäßige Belastung von KMU noch deutlich größer. Im Baugewerbe sind Kleinstunternehmen sogar mehr als 37-mal so hohen bürokratischen Kosten ausgesetzt wie große Unternehmen.<sup>11</sup>

Weite Teile des Mittelstands, vor allem auch das Handwerk, sind außerdem von der demographischen Krise in Deutschland betroffen, ein Problem, das von einer fehlgeleiteten und ideologiegetriebenen Bildungspolitik noch verstärkt wird. Es fällt vielen Betrieben immer schwerer, geeigneten Nachwuchs zu bekommen. Ende Juli 2022 waren 233.400 unbesetzte betriebliche Ausbildungsstellen bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet.<sup>12</sup> Gleichzeitig stieg die Zahl der Studenten an deutschen Hochschulen im Wintersemester 2021/2022 auf einen neuen Höchstwert von 2.947.500 Personen (zum Vergleich: Im Wintersemester 2007/2008 waren es noch 1.941.763 Personen).<sup>13</sup>

<sup>6</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/panorama/ticker-corona-virus-donnerstag-siebzehnter-februar-100.html>

<sup>7</sup> <https://www.ifo.de/themen/klimapolitik#:~:text=Die%20kumulativen%20systemischen%20Mehrkosten%20f%C3%BCr,Bruttoinlandsprodukts%20aus%20dem%20Jahr%202018>

<sup>8</sup> <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Finanzen-Aufnahme-Unterbringung-Versorgung-Was-kostet-die-Krise-den-Staat-id58009026.html>

<sup>9</sup> <https://www.merkur.de/leben/geld/steuern-abgaben-deutschland-leben-durchschnitt-einkommen-belgien-transfer-leistungen-plus-zr-91678809.html>

<sup>10</sup> [https://prometheusinstitut.de/wp-content/uploads/2021/10/TF\\_ITCI\\_DE-2021-web.pdf](https://prometheusinstitut.de/wp-content/uploads/2021/10/TF_ITCI_DE-2021-web.pdf), S. 4

<sup>11</sup> [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/beruecksichtigung-von-kmu-belangen-in-der-gesetzesfolgenabschaetzung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/beruecksichtigung-von-kmu-belangen-in-der-gesetzesfolgenabschaetzung.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

<sup>12</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fachkraeftemangel-suche-nach-azubis-so-schwierig-wie-nie-besonders-in-diesen-berufen/28559368.html#:~:text=Insgesamt%20sind%20Ende%20Juli%20noch,weniger%20als%202021%20im%20Juli>

<sup>13</sup> [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/11/PD21\\_538\\_21.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/11/PD21_538_21.html)

Die bisher genannten, von der Bundesregierung und ihren CDU/CSU-geführten Vorgängerregierungen zu verantwortenden Probleme sind für sich alleine schon existenzbedrohend für den Mittelstand und die Mittelschicht. Die Verknappung der Energie durch die Energiewende und die Sanktionspolitik gegen Russland, die Schädigung der Lieferketten durch die Corona-Maßnahmen sowie insbesondere die laxe Geldpolitik der EZB haben aber obendrein noch eine katastrophale Teuerung verursacht. Diese frisst die verbleibenden Ersparnisse der kleinen Leute und Unternehmen auf, nicht zuletzt auch durch die schleichenden Steuererhöhungen im Rahmen der kalten Progression, und macht es den Unternehmen immer schwerer, ihre Geschäftspolitik rational und dauerhaft zu planen.

Die Systemrelevanz des Mittelstands muss endlich ernst genommen werden. Es ist höchste Zeit, dass die künstlich geschaffenen Hürden, die sich seiner Entfaltung in den Weg stellen, endlich beseitigt werden. Die Bundesregierung muss ihre ideologischen und gemeingefährlichen Projekte beenden und in diesem Zuge die Steuern reduzieren sowie unnötige Bürokratie abbauen. Ehe sich Deutschland als vermeintliches Vorbild in Sachen Klima, Gesundheit, Gleichstellung und Gutmenschentum aufspielt, sollte es erst einmal vor seiner eigenen Tür kehren und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich die einfachen Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen in geordneten Bahnen ihren wichtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben widmen können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Entlastung des Mittelstands und der Mittelschicht in ihrer Wirtschafts- und Ordnungspolitik zu priorisieren, insbesondere gegenüber einer Klientelpolitik im Interesse von Großunternehmen und Großbanken;
2. zur Entlastung der deutschen Industrie und damit im Wesentlichen des deutschen Mittelstands von den hohen Energiepreisen
  - a) die Abschaltung der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke dauerhaft auszusetzen und die Wiederinbetriebnahme bereits abgeschalteter Kernkraftwerke im Rahmen des technisch Möglichen zuzulassen;
  - b) allgemeine sowie spezielle Steuern auf den Verbrauch von Energieträgern dauerhaft auf das rechtlich zulässige Minimum abzusenken;
  - c) keine weiteren Wirtschaftssanktionen oder feindseligen Maßnahmen gegen Russland zu ergreifen sowie entsprechende Maßnahmen auf EU-Ebene abzulehnen, gleichzeitig aber die wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands von russischen Energieimporten durch Diversifizierung der Lieferländer und Transitrouten langfristig zu reduzieren;
  - d) in diesem Zusammenhang auch die Erschließung einheimischer Energiequellen wie Erdgas oder Kohle zu prüfen und ggf. durchzuführen;
3. auf schnellstem Wege einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den einerseits die unterschiedlichen Gesetzesänderungen und Verordnungsermächtigungen, die im Rahmen der sogenannten Corona-Pandemie mit der offiziellen Maßgabe erlassen wurden, die Verbreitung des Virus zu verhindern, unter anderem indem Sonderrechte für Geimpfte, Getestete und Genesene geschaffen wurden, ersatzlos aufgehoben werden, andererseits die Grundlagen für eine angemessene Entschädigungen für Leidtragende der Corona-Maßnahmen und der COVID-19-Impfungen geschaffen werden;

4. sich auf europäischer Ebene unter Einsatz aller politischen Mittel, einschließlich der Androhung und ggf. Umsetzung eines Euro-Austritts, dafür einzusetzen, dass sich die Geldpolitik der EZB wieder an ihrer vorrangigen Aufgabe, nämlich der Gewährleistung von Geldwertstabilität orientiert, um Planungssicherheit für industrielle und realwirtschaftliche Betriebe zu gewährleisten und somit die dauerhafte Schädigung des Mittelstands endlich zu beenden;
5. sich in diesem Zusammenhang außerdem dafür einzusetzen, dass nationale Zentralbanken mit Verbindlichkeiten aus dem Target2-System dazu verpflichtet werden, werthaltige marktfähige Sicherheiten auf die nationalen Zentralbanken mit Target-Forderungen zu übertragen, um auf diese Weise den Anreiz im Euro-System zu verringern, Geldwertstabilität zugunsten einer Niedrigzinspolitik zu vernachlässigen, die sich gegen die Interessen des deutschen Mittelstands und des deutschen Steuerzahlers auswirkt;
6. die deutschen Sozialsysteme und die deutsche Gesellschaft dadurch zu entlasten, dass sie abgelehnte Asylbewerber konsequent und schnell zurückführt und illegale Migration nach Deutschland mit allen nationalstaatlichen Mitteln verhindert;
7. bürokratische Hürden und Erfüllungsaufwendungen für Unternehmen, insbesondere KMU, endlich effektiv abzubauen und um dies zu erreichen
  - a) sich selber unter finanziellen Handlungsdruck zu setzen, indem sie den Nationalen Normenkontrollrat beauftragt, ein Sondergutachten anzufertigen mit der Vorgabe, erstens alle staatlichen Vorschriften und deren Erfüllungsaufwendungen zu ermitteln, die kleine und mittlere Unternehmen im Vergleich zu großen Unternehmen überproportional belasten, und zweitens einen Vorschlag zu unterbreiten, wie der Staat kleine und mittlere Unternehmen von diesen durch ihn selbst erzeugten Belastungen effektiv und bürokratiearm entlasten kann;
  - b) alle staatlichen Vorschriften, die Unternehmen nicht aus wirtschaftlichen Gründen gemacht werden, sondern deren Zweck es ist, ideologische Ziele wie Gleichstellung, Klimarettung oder Schutz vor harmlosen Atemwegserkrankungen zu verfolgen, entweder ersatzlos zu streichen oder, wenn sie einzelne Vorschriften für unvermeidlich hält, die Unternehmen von den bei ihrer Befolgung entstehenden Kosten vollständig zu entlasten;
8. die mittelstandsschädigenden Bestandteile des Steuersystems zu beseitigen, insbesondere den Mittelstandsbauch und die Benachteiligung von Unternehmen mit Sitz und/oder Produktionsstätten in Deutschland gegenüber Unternehmen, die ihren Sitz oder ihre Produktion ins Ausland verlagern;
9. in Zusammenarbeit mit den Bundesländern eine Ausbildungsoffensive zu starten, deren Ziel es ist, das Hochschulstudium mit anderen Ausbildungen gleichzustellen, insbesondere was die finanzielle Förderung betrifft, und somit der einseitigen Akademisierung entgegenzuwirken.

Berlin, den 11. Oktober 2022

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**





